

Motion Fraktion FDP (Philippe Müller): Klare Weisungen betr. Sanktionen im Sozialdienst (Sanktionskatalog)

An seiner Sitzung vom 4. September 2008 hat der Berner Stadtrat den Bericht „Sozialmissbrauch in der Stadt Bern“ des Ausschusses Sozialhilfe an die Kommission für Soziales, Bildung und Sport (SBK) vom 20. Juni 2008 zustimmend zur Kenntnis genommen.

In diesem Bericht empfiehlt der Ausschuss in Empfehlung E14, dem Sozialdienst klare Weisungen zur Verfügung zu stellen, in welchem Fall welche Sanktion zur Anwendung gelangt. Ein bestimmtes Fehlverhalten müsste bei allen Sozialhilfebeziehenden die gleiche Sanktion zur Folge haben. Das ist heute nicht der Fall. Die Konsequenzen sind „individuell“, eine Ungleichbehandlung somit unvermeidlich. Mit klaren Weisungen mit einem entsprechenden Sanktionskatalog, von welchem nur in begründeten Ausnahmen abgewichen werden kann, würde hier Klarheit schaffen und den Sozialarbeitenden die nötige Sicherheit vermitteln. Der Katalog ist den Klientinnen und Klienten offen zu kommunizieren und würde auch dort Klarheit schaffen.

Daher fordern wir den Gemeinderat auf, im Sozialdienst klare Weisungen zu erlassen, welche Sanktion in welchem Fall von Fehlverhalten zur Anwendung gelangt. Dieser Katalog ist transparent zu kommunizieren. Eine Überprüfung soll nur im Verdachtsfall erfolgen.

Bern, 30. April 2009

Motion Fraktion FDP (Philippe Müller), Mario Imhof, Jacqueline Gafner Wasem, Hans Peter Aeberhard

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat verweist auf seine Antwort vom 18. März 2009 auf das gleichnamige Postulat vom 18. September 2008, welches vom Stadtrat am 23. April 2009 erheblich erklärt wurde. Nähere Ausführungen, u.a. zu Folgen für das Personal und die Finanzen, erfolgen im Begründungsbericht.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 28. Oktober 2009

Der Gemeinderat